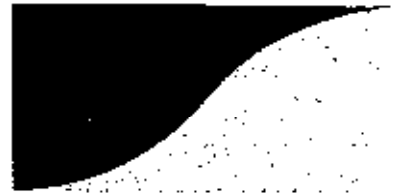


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut-G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84



## Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB zur deutschlandpoliti-  
schen Diskussion: Die Ge-  
schichte des Nationalstaates  
ist abschreckend.

Seite 1

Niclas Stucke zu den neuen  
Mehrheitsverhältnissen nach  
den NRW-Kommunalwahlen  
1989: Ein tiefer Griff in alle  
Farbtöpfe.

Seite 3

Dokumentation:

Horst Niggemeier, Mitglied  
des Bundestagsausschusses  
für innerdeutsche Beziehun-  
gen, hat einen Offenen Brief  
an Günter Schabowski, Mit-  
glied des SED-Politbüros und  
ZK-Sekretär für den „Ge-  
schäftsbereich Informations-  
wesen und Medienpolitik“,  
geschrieben, den wir im  
Wortlaut veröffentlichen.

Seite 5

44. Jahrgang / 218

13. November 1989

Die Geschichte des Nationalstaates ist abschreckend

Anmerkungen zur deutschlandpolitischen Diskussion

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Wir dürfen die Situation im anderen deutschen Staat nicht falsch einschätzen. Ein sehr hoher Prozentsatz derjenigen in der DDR, die auf die Straße gehen und für Veränderungen kämpfen, wollen nicht unser Gesellschaftssystem. Es ist ihnen zu stark Ellenbogen-gesellschaft.

Es kann nicht darum gehen, daß das in der DDR geschieht, was wir für richtig halten. Es geht darum, daß das in der DDR geschieht, was die Menschen wollen, die dort leben und arbeiten. Ich warne vor Ratschlägen.

Wenn aber das geschieht, was die Menschen wollen, dann müssen wir das mit aller Kraft, und auch mit aller wirtschaftlichen Kraft unseres Landes unterstützen.

Dabei dürfen wir uns nicht wie eiskalte Bankiers verhalten, sondern wie Menschen, die wissen, daß unsere Landsleute im anderen deutschen Staat, den größten Teil der Last unserer Geschichte haben tragen müssen.

Ich habe schon gesagt, daß ich keinem der Dokumente der Opposition in der DDR das Wort „Wiedervereinigung“ gefunden habe.

Geht es wirklich um die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates? Oder geht es in erster Linie darum, daß die Menschen im anderen deutschen Staat so leben können, wie sie selbst es wollen?

Ein Blick auf den deutschen Nationalstaat von 1871 bis 1945 ist unverzichtbar.

1871 wurde der deutsche Kaiser in Versailles gekrönt. Eine starke Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses für lange Zeit. Dann eine Zeit der Aufrüstung, des Imperialismus und des auch deutschen Kolonialismus. Der erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 mit vielen Millionen Opfern. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs. Die Republik von Weimar, die von Anfang an darunter leiden mußte, daß es nicht genügend Demokraten gegeben hat, die bereit waren für diese Republik einzutreten. Der Vertrag von Versailles, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise mit ganz besonderen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermögter Umgang  
mit wertvoller Rohstoffe  
Recycling-Papier



Auswirkungen auf das damalige Deutsche Reich. Und dann der grausame Nazismus von 1933 bis 1945 mit dem Zweiten Weltkrieg mit 55 Millionen Toten und dem totalen Zusammenbruch des Deutschen Reiches.

Ich bestreite nicht, daß es auch in dieser Zeit des deutschen Nationalstaates hervorragende Leistungen in Kunst, Kultur, Technik und Wissenschaft gegeben hat. Es hat Menschen gegeben, die für die deutsche Demokratie ihr Leben gelassen haben.

Aber die Geschichte dieses deutschen Nationalstaates ist für mich sehr abschreckend. Es muß uns deshalb in erster Linie darum gehen, daß die Menschen im anderen deutschen Staat so leben können, wie sie selbst es wollen. Das hat Vorrang vor allem anderen. Die Hauptaufgabe der Politik besteht darin, den Menschen zu dienen.

Und das Wort „Wiedervereinigung“ kommt auch in unserem Grundgesetz nicht vor. Hier haben die Väter des Grundgesetzes von Selbstbestimmung, von Einheit und Freiheit gesprochen. Die Einheit aber ist auch oder vielleicht sogar nur in einem europäischen Rahmen möglich.

In dem Maße, wie wir die Spaltung Europas überwinden, in dem Maße wird sich auch unsere Einheit entwickeln.

Selbstbestimmung bedeutet auch, daß wir es ertragen, ja unterstützen müssen, wenn unsere Landsleute im anderen deutschen Staat ihren eigenen Staat haben wollen.

Eine Gemeinschaft besonderer Art sind und bleiben wir in jedem Falle. Eine Haftungsgemeinschaft bleiben wir in jedem Falle. Beide deutschen Staaten haften für die Zeit von 1933 bis 1945. Und wir müssen wissen, daß im Rahmen dieser Haftung die Menschen in der DDR die größten Lasten getragen haben und tragen. Eine Verantwortungsgemeinschaft sind und bleiben wir in jedem Falle. Denn beide deutschen Staaten tragen besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in Europa. Eine Geschichtsgemeinschaft bleiben wir in jedem Falle. Denn wir haben eine gemeinsame Geschichte aus guten und aus bösen Zeiten. Eine Kulturgemeinschaft sind und bleiben wir in jedem Falle. Thomas Mann hat gesagt: Die deutsche Sprache ist meine Heimat.

Wenn unsere Landsleute in der DDR so leben können wie sie wollen, in Freiheit und Demokratie, wann sie hinreisen können wohin sie wollen, insbesondere zu uns, jederzeit ohne Visum und wir zu ihnen ohne Visum, wenn sie einen vergleichbaren Lebensstandard haben, wenn sich all das in einem sich verändernden Europa abspielt, dann kann unter diesen Umständen ein anderer deutscher Staat sogar ein Gewinn für Europa und damit für uns alle sein. Die Menschen in der DDR werden das so entscheiden, wie sie es für richtig halten. (-/13.11.1989/vo-he/rs)

(Diese Gedanken trug Hans-Jürgen Wischniewski im Rahmen seines Vortrages „Reden über das eigene Land: Deutschland“ am 5. November in den Kammerspielen München vor.)

\* \* \*

## Ein tiefer Griff in alle Farbtöpfe

---

Zu den neuen Mehrheitsverhältnissen nach den NRW-Kommunalwahlen 1989

Von Niclas Stucke

Referent der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Nordrhein-Westfalen

Wer bei den Bürgermeister- und Landratswahlen nach der Kommunalwahl 1989 in Nordrhein-Westfalen mit Überraschungen gerechnet hatte, wurde nicht enttäuscht. Berechenbar war allein die Unberechenbarkeit, insbesondere dann, wenn absolute Mehrheiten verfehlt wurden.

Die Zahl der absoluten Mehrheiten ist insgesamt deutlich zurückgegangen; gab es 1984 in Nordrhein-Westfalen noch in 253 Gemeinden absolute Mehrheiten, so ging diese Zahl 1989 auf 194 zurück. Ein Beleg dafür, daß beim Antreten mehrerer kleiner Parteien es für die „Großen“ immer schwieriger wird, die 50-Prozent-Hürde zu überwinden. In circa Dreiviertel aller Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind nun mindestens vier Parteien vertreten, auch sechs Parteien und Gruppierungen sind keine Seltenheit mehr. Hauptleidtragender dieser Entwicklung war in diesem Fall die Christlich Demokratische Union; der Verlust von 60 absoluten Mehrheiten tut weh und wurde parteiintern als „Desaster“ bezeichnet. Die Sozialdemokraten kamen gegenüber 1984 mit einem Plus von 1 (einem Verlust von 7 standen 8 Neugewinne gegenüber) entsprechend ihrem Wahlergebnis trotz der oben erwähnten schwierigen Rahmenbedingungen noch gut über die Runden.

Noch klarer wird das Bild, wenn man sich die Zahl der gewonnenen Mandate anschaut. Mit einem Plus von 305 Mandaten kommt die SPD nun auf eine Gesamtzahl von 7.255. Reingehegelt hat es bei den Christdemokraten: 845 Mandatsverluste führen zu einem Endergebnis von 7.588 Mandaten. Ein Ergebnis, das vor allem dadurch beeinflusst wird, daß die Gemeinde- und Stadtratssitze entsprechend ihrer Größenordnung nicht linear vergeben werden. Um beispielsweise den 21 Ratsmitgliedern von Schöppingen mit circa 5.000 Einwohnern zu entsprechen, müßte die Stadt Duisburg mit gut 500.000 Einwohnern 210 Ratsmitglieder besitzen, hat aber nur deren 75. Während die Grünen bei den Mandatszahlen praktisch gleich blieben, legten FDP und Freie Wähler zum Teil erheblich zu. Hinzu kommen die Mandatsgewinne der Republikaner dort wo, sie angetreten sind.

Ideologische Schranken a la Bonner Regierungskoalition/Opposition konnten die Kommunalpolitiker bei den anstehenden Wahlen für die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte nicht beeindrucken. Ein bunter Fleckenteppich von rot/schwarz, rot/gelb, rot/grün, rot/gelb/grün, schwarz/grün und schwarz/grün/gelb kennzeichnet die politische Landkarte nach dem 1. Oktober. Zumindest bei diesen ersten Personalentscheidungen blieb die Weste noch sauber, die Republikaner spielten keine Rolle. Erste Sachentscheidungen - und das ist ja wohl die eigentliche Kommunal-

politik - zum Beispiel in Leverkusen zeigen jedoch, daß es mit der Berührungangst der Christdemokraten nicht so schrecklich weit her ist. Dort stimmten CDU, FDP und Republikaner in Schulfragen bereits fröhlich miteinander. Gemeinsame Listenverbindungen für Ausschußbesetzungen in einigen Gemeinden kommen hinzu.

Einen schweren Stand hatten die Herren Blüm und Möllemann, als es daran ging, die unwilligen örtlichen Parteigliederungen davon abzuhalten, mit den Grünen zu paktieren. „Mit Radikalen nie“ (Blüm) und „Es wird nicht geampelt und gehampelt“ (Möllemann) tönnten die beiden NRW-Spitzenleute der Bonner Koalition noch in der Wahlnacht. Nachdem der CDU-Landesvorsitzende vergeblich versucht hatte, ein schwarz-grünes Bündnis in Hückeswagen zu verhindern, mußte er auch noch zusehen, wie im ostwestfälischen Schlangen dieselbe Koalition zustande kam. Die wirklich seltene Kombination schwarz/gelb/grün sorgte dann dafür, daß in Neunkirchen-Vluyn die SPD als stärkste Partei außen vor blieb. Fröhlich blinkte die Ampel - Möllemann zum Trotz - in allen Farben, als unter anderem in Iserlohn, Bergisch-Gladbach, Meerbusch und Pulheim die Bürgermeisterwahlen anstanden und aufgrund dieser Konstellation Kandidaten der SPD zum Zuge kamen. Gemäß der Devise „Man kann mit allen demokratischen Parteien koalieren“ suchten sich die Sozialdemokraten ihre Mehrheiten: so wählten die drei bergischen Großstädte ihre ersten Bürgerinnen und Bürger rot-grün (Remscheid), rot-schwarz (Solingen) und rot-gelb (Wuppertal) - in Düsseldorf und Köln gab es rot-schwarze Elefantenhochzeiten.

Eine bürgerliche Koalition aus CDU, FDP und einer vom Mittelstand und Industrie getragenen Bürgerliste löste in Bielefeld die SPD ab; ein CDU-Mann wurde in der ostwestfälischen Metropole Oberbürgermeister. Eine 40jährige CDU-Herrschaft fand in Aachen ihr Ende. Dr. Jürgen Linden (SPD) heißt der neue Oberbürgermeister der Stadt. In Krefeld endete die Amtszeit von OB Pützhofen, „Rot-Grün“ wählte Willie Wahl (SPD) zum Oberbürgermeister. Die guten Wahlergebnisse in den Kreisen des Landes zeigten sich dann auch bei den entsprechenden Personalentscheidungen: In den Kreisen Düren und Mettmann stehen mit Adi Retz MdL und Heinz Pensky Sozialdemokraten neu an der Spitze des Kreistages. Erstmals tragen Sozialdemokraten in den Kreisen Euskirchen, Kleve und Viersen Verantwortung an der Spitze ihrer Gemeinde, im Kreis Warendorf stieg die Zahl der SPD-Bürgermeister von 2 auf 4; ein noch besseres Ergebnis ist aus dem Kreis Soest zu melden: 7 Sozialdemokraten (statt bisher 2) wurden gewählt. Insgesamt gehören jetzt 163 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der SPD an; 1984 waren dies 141. Deutlich angestiegen ist der Anteil der Frauen in den Räten und Kreistagen; in Hessen und Hagen stehen nun nach Hamm, Mülheim und Wuppertal zwei weitere Oberbürgermeisterinnen an der Spitze ihrer Stadt.

Eines jedoch darf nicht verkannt werden: In vielen Fällen galten die Vereinbarungen, Absprachen etc. lediglich für die Wahl der Stadtspitze; erst der kommunalpolitische Alltag wird zeigen, mit welchen (wechselnden) Mehrheiten die Kommunalpolitik in den nächsten fünf Jahren vor Ort gestaltet wird.

\* \* \*

(-/13.11.1989/vo-he/rs)

**DOKUMENTATION**

---

**Horst Niggemeier: Die historische Wahrheit ungeschminkt: darstellen**

---

Horst Niggemeier, Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, hat einen Offenen Brief an Günter Schabowski, Mitglied des SED-Politbüros und ZK-Sekretär für den „Geschäftsbereich Informationswesen und Medienpolitik“, geschrieben, den wir im Wortlaut veröffentlichen.

Sehr geehrter Herr Schabowski,

zur gleichen Zeit, als Sie 1952 in die SED eingetreten sind, bin ich der SPD beigetreten. Seit dieser Zeit habe ich mich nicht nur aktiv für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Grundwerte, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der Bundesrepublik und anderswo eingesetzt, sondern auch die von den hiesigen Kommunisten von Zeit zu Zeit - je nach Regieranweisung aus Moskau via Ostberlin - angestrebte sogenannte Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik abgelehnt und bekämpft. Es war die freiheitsfeindliche Grundhaltung der Kommunisten, die mich als Demokrat und Sozialdemokrat zwangsläufig in eine kompromißlose Gegnerschaft zur kommunistischen Ideologie bringen mußte.

Aber auch Sie selbst dürften aus Ihrer langjährigen eigenen Parteierfahrung wissen, daß für die kommunistische SED der „Sozialdemokratismus“ ein verfolgungswürdiger Straftatbestand war.

Insofern kann es Sie nicht überraschen, daß ich mit allem Nachdruck dagegen protestiere, wenn Sie auf Ihrer Pressekonferenz nach der ZK-Sitzung am 8. November vor der internationalen Öffentlichkeit erklären:

„Unsere Partei ist die Partei der Arbeiterklasse in der DDR, sie ist die stärkste politische Partei, sie ist die Partei, die von Anfang an und in ganz schwerer Zeit die neue Gesellschaftsordnung entscheidend aufgebaut hat, natürlich von Anfang an, muß man sagen, im Bunde mit anderen demokratischen, antifaschistischen Kräften.“

Das ist wahrheitswidrig. Damit verschweigen Sie wissentlich, daß die kommunistischen SED-Gründer in der Nachfolge der damaligen KPD „von Anfang an“ prinzipientreue Sozialdemokraten in

In der sowjetischen Besatzungszone politisch verfolgt haben und die damals vertrauensseligen SPD-Repräsentanten in der sowjetischen Besatzungszone von den KP-Führern in die Zwangsvereinigung mit der KPD zur jetzigen SED getrieben wurden.

Wenn Sie, Herr Schabowski, jetzt für die SED von einem „Kurs der Erneuerung der Partei“ sprechen, dann fordere ich Sie auf, auch gleichzeitig die gefälschte SED-Geschichte so zu erneuern, daß die historische Wahrheit über die politische Verfolgung der Sozialdemokraten vor und nach der Gründung der SED vor der internationalen Öffentlichkeit und auch in der DDR, ungeschminkt dargestellt wird. Dann erst wird auch klarwerden, daß der von Ihnen postulierte Anspruch, „stärkste politische Partei von Anfang an“ zu sein, sich aus brutaler Verfolgung politisch Andersdenker bis hin zu Ihrer physischen Vernichtung ergibt.

Verzichten Sie deshalb um der historischen Wahrheit willen in Zukunft darauf, die SED als „Partei der Arbeiterklasse“ zu bezeichnen, sondern nennen Sie die SED in Ihrem Parteinamen ehrlicherweise kommunistisch; ein großer Teil der „Arbeiterklasse“ nämlich fühlt sich der Sozialdemokratischen Partei in der DDR oder auch anderen an der Demokratie orientierten Gruppen in der DDR stärker verbunden als der SED.

Auch die zigtausende von Flüchtlingen, die dem Staat der „Partei der Arbeiterklasse“ allein in diesen Tagen demonstrativ den Rücken gekehrt haben, sind Beleg dafür, daß die SED nicht länger an ihrem undemokratisch erzwungenen Monopolanspruch festhalten kann, ohne sich selbst und die Weltöffentlichkeit zu belügen.

In der Hoffnung, Ihnen mit diesem Offenen Brief zur Nachdenklichkeit über die dringend notwendige Revision der Geschichte der SED-Gründung gegeben zu haben, verbleibe ich als Sozialdemokrat, der seinen Gesinnungsfreunden in der DDR viel Erfolg wünscht,

mit besorgten Grüßen

gez. Horst Niggemeier

(-/13.11.1989/vo-ha/rs)